

# Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration  
80524 München

Präsidentin  
des Bayer. Landtags  
Frau Ilse Aigner, MdL  
Maximilianeum  
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
P I-1312-4-4/81 I  
04.03.2026

Unser Zeichen  
C13-0016-1-2454 TW

München  
15.04.2026

## **Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 10.02.2026 betreffend Antisemitische Straf- und Gewalttaten 2025**

### Anlagen

Anlage 1 zu den Fragen 1.1 und 1.2  
Anlage 2 zur Frage 2.2  
Anlage 3 zur Frage 3.1  
Anlage 4 zu den Fragen 3.3 bis 4.2  
Anlage 5 zur Frage 5.1  
Anlage 6 zur Frage 5.2  
Anlage 7 zur Frage 7.1

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich, hinsichtlich der Fragen 3.3, 4.1 bis 4.2, 7.1, 8.2 und 8.3 im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz (StMJ), dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) und dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS), wie folgt:

### Vorbemerkung

Grundsätzlich wird auf das Lagebild Bayern Hasskriminalität, welches jährlich im Internet veröffentlicht wird, verwiesen.

Zudem weisen wir darauf hin, dass es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion des Landtages ist, frei verfügbare Informationen durch die Staatsregierung zusammentragen und anschaulich aufbereiten zu lassen (vgl. BT-Drs 20/15101, S. 4, 2. Absatz).

Die nachfolgenden Rechercheergebnisse des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Im KPMD-PMK wird kein Sachschaden erfasst. Angaben zu Opfern werden nur bei politisch motivierten Gewaltstraftaten gespeichert. Mittels KPMD-PMK kann keine Aussage zu der Art der Versammlungen getroffen werden.

Für eine vollumfängliche Beantwortung müsste insofern eine umfangreiche manuelle (Einzel-) Auswertung von Akten und Datenbeständen bei den Präsidien der Bayerischen Landespolizei und dem BLKA erfolgen. Dies würde zu einem erheblichen zeitlichen und personellen Aufwand führen. Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, Art. 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 BV ergebenden parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten des Bayerischen Landtags kann daher eine Auswertung von Einzelakten u. ä. nicht erfolgen.

zu 1.1:

*Wie viele antisemitisch motivierte Straftaten wurden im Jahr 2025 im Kriminalpolizeilichen Meldedienst für Fälle Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) in Bayern registriert? (bitte mit Angabe der absoluten Zahl sowie in eigener Tabelle sortiert nach Datum, Ort, Straftatbestand und Zahl der festgestellten Täter:innen aufschlüsseln)*

zu 1.2:

*Wie viele antisemitisch motivierte Gewalttaten wurden im Jahr 2025 im Kriminalpolizeilichen Meldedienst für Fälle Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) in Bayern registriert? (bitte mit Angabe der absoluten Zahl sowie in eigener Tabelle sortiert nach Datum, Ort, Straftatbestand, Kurzsachverhalt, Zahl der festgestellten Täter:innen und Zahl der Opfer aufschlüsseln)*

Die Fragen 1.1 und 1.2 werden auf Grund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf Anlage 1 verwiesen.

zu 1.3:

*Wie viele antisemitisch motivierte Vorfälle wurden im Jahr 2025 von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Bayern registriert? (bitte mit Zuordnung zu den von RIAS erfassten politischen Hintergründen der Taten sowie den jeweiligen Erscheinungsformen des Antisemitismus)*

Den Jahresbericht mit konkreten Zahlen zu den antisemitischen Vorfällen in Bayern im Jahr 2025 wird RIAS Bayern voraussichtlich im Mai 2026 veröffentlichen.

zu 2.1:

*Wie verteilen sich die antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten im Jahr 2025 auf die verschiedenen Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität? (bitte Straf- und Gewalttaten getrennt aufschlüsseln)*

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1.1 und 1.2 verwiesen.

zu 2.2:

*Wie haben sich die Fallzahlen antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten seit dem Jahr 2020 in Bayern entwickelt? (bitte aufschlüsseln nach Straf- und Gewalttaten sowie PMK-Phänomenbereichen)*

Es wird auf Anlage 2 verwiesen.

zu 2.3:

*Wie viele antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten wurden im Jahr 2025 durch das Landesamt für Verfassungsschutz einer extremistischen Tatmotivation zugeordnet? (bitte mit Zuordnung zu den jeweiligen PMK-Phänomenbereichen)*

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1.1 und 1.2 verwiesen.

zu 3.1:

*Wie viele Täter:innen konnten im Bereich antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten im Jahr 2025 ermittelt werden? (bitte mit Angabe der absoluten Zahl und*

*in eigener Tabelle aufgeschlüsselt nach PMK-Phänomenbereich, Straftatbestand, Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Täter:innen)*

Es wird auf Anlage 3 verwiesen.

zu 3.2:

*Wie hat sich die Aufklärungsquote antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten im Jahr 2025 entwickelt?*

Im Jahr 2025 wurden rund 57 % der antisemitischen Straftaten aufgeklärt.

zu 3.3:

*Wie viele Strafverfahren wurden im Jahr 2025 im Bereich antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten in Bayern neu eingeleitet? (bitte mit Angabe der absoluten Zahl und aufgeschlüsselt nach Staatsanwaltschaft, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich und Gesamtzahl der Verfahren)*

zu 4.1:

*In wie vielen Fällen kam es im Jahr 2025 im Bereich der Strafverfahren wegen antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten zu einer Anklageerhebung beziehungsweise zu einer Einstellung oder sonstigen Erledigung des Verfahrens? (bitte mit Angabe der absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach Staatsanwaltschaft, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich sowie Anklageerhebung beziehungsweise Einstellung unter Angabe des jeweiligen Einstellungsgrundes)*

zu 4.2:

*Wie viele Straftäter:innen wurden wegen antisemitisch motivierter Straf- oder Gewalttaten im Jahr 2025 zu einer Geld-, Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt? (bitte mit Angabe der absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach Staatsanwaltschaft, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich, Art der Sanktion – Freiheitsstrafe, Geldstrafe, Jugendstrafe, Maßregeln nach Jugendstrafrecht – sowie Freispruch)*

Die Fragen 3.3, 4.1 und 4.2 werden auf Grund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf Anlage 4 verwiesen, die sowohl die Eingänge bzgl. antisemitischer Straf- und Gewalttaten als auch die Erledigungen von Verfahren wegen antisemitischer Straf- und Gewalttaten bei den Staatsanwaltschaften im Jahr 2025 enthält.

Die beigelegte Statistik wurde auf Grundlage der Erhebung zu den Bundesstatistiken für rechtsextremistische/fremdenfeindliche Straftaten sowie für Hasskriminalität erstellt. Mit beiden Statistiken werden auch Straftaten mit antisemitischen Motiven erfasst.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen der Statistik, dass sich die Zahlen der Erledigungen (Einstellungen, Anklagen, Strafbefehle sowie sonstige Erledigungen) wie auch die Zahl der Verurteilungen nicht nur auf die im Jahr 2025 neuanhängig gewordenen Ermittlungsverfahren beziehen. Erfasst werden vielmehr auch diejenigen Verfahren, die in den Jahren zuvor anhängig wurden, allerdings erst im Jahr 2025 abgeschlossen werden konnten, bzw. bei denen erst im Jahr 2025 ein Urteil ergangen ist. Hinsichtlich des Strafmaßes wurde zwischen Geldstrafe einerseits und Freiheits- bzw. Jugendstrafe andererseits unterschieden. Maßregeln nach dem Jugendgerichtsgesetz wurden gesondert ausgewiesen. Hinsichtlich der Kategorie "sonstige Erledigungen" wird zudem darauf hingewiesen, dass hierunter z. B. Verfahrensabgaben (innerhalb wie auch außerhalb Bayerns), Verfahrensverbindungen sowie vorläufige Verfahrenseinstellungen nach einer Ausschreibung zur Fahndung fallen.

Soweit die Anzahl der Einstellungen nach § 170 Abs. 2 StPO, da der Täter nicht ermittelbar war, bei einzelnen Staatsanwaltschaften die Anzahl der gemeldeten Strafverfahren gegen Unbekannt (UJs-Verfahren) übersteigt, findet dies seinen Grund u. a. darin, dass auch Verfahren gegen bekannte Tatverdächtige (Js-Verfahren), bei denen der wahre Täter letztlich nicht ermittelbar war, bei diesen Einstellungen mitgezählt wurden.

zu 4.3:

*Wie viele Personen wurden im Jahr 2025 Opfer antisemitisch motivierter Gewalttaten? (bitte mit Angabe der absoluten Zahlen und in eigener Tabelle aufgeschlüsselt nach Datum, Ort, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich sowie kurzer Sachverhaltsdarstellung unter Angabe der Art der Schädigung)*

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1.1 und 1.2 verwiesen.

zu 5.1:

*Wie viele der im Jahr 2025 in Bayern registrierten antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten richteten sich gegen Synagogen oder sonstige religiöse Einrichtungen? (bitte mit Angabe der absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach Datum, Ort, Ziel des Angriffs, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich, kurzer Sachverhaltsdarstellung und Zahl der ermittelten Täter:innen)*

Es wird auf Anlage 5 verwiesen.

zu 5.2:

*Wie viele der im Jahr 2025 registrierten antisemitisch motivierten Straftaten wurden mit dem Tatmittel Internet begangen? (bitte nach Straftatbestand und PMK-Phänomenbereich aufschlüsseln)*

Es wird auf Anlage 6 verwiesen.

zu 5.3:

*Wie beurteilt die Staatsregierung die aktuelle Dynamik antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten in den verschiedenen Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität?*

Eine Akzeleration oder ein linearer Anstieg ist in der Gesamtsicht einer Entwicklung in der Hasskriminalität nicht zu beobachten, insofern kann aus Sicht der Staatsregierung nicht von einer „Dynamik“ der Entwicklung im Bereich des Antisemitismus gesprochen werden. Im Hinblick auf die Entwicklung der Fallzahlen von 2020 bis einschließlich 2025 ist in Summe eine moderate Steigerung der Fallzahlen festzustellen, weshalb sich für diesen Zeitraum ggf. eine „moderate Dynamik“ konstatieren lässt.

Jedoch wird von Seiten des BLKA, unabhängig von parallellaufender repressiver Strafverfolgung, eine feingliedrige Beobachtung und Analyse der Entwicklung der Fallzahlen betrieben, um entsprechende Tendenzen zu entdecken und diesen, auch im Rahmen bereits laufender präventiver Initiativen begegnen zu können. Die Bayerische Polizei geht konsequent gegen diese unter Ausschöpfung der

rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen vor. Wichtig ist hierbei eine möglichst hohe Aufklärungsquote zu erzielen. Antisemitismus muss konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

Hinsichtlich der präventiven polizeilichen Maßnahmen wird auf das Lagebild Bayern Hasskriminalität verwiesen.

zu 6.1:

*Wie viele der im Jahr 2025 registrierten antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten in Bayern stehen im Zusammenhang mit dem Protestgeschehen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und dem folgenden Krieg im Gazastreifen? (bitte mit Angabe der absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach Datum, Ort, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich, kurzer Sachverhaltsdarstellung und Zahl der Täter:innen)*

zu 6.2:

*Wie viele antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten wurden im Jahr 2025 im direkten Zusammenhang mit Demonstrationen, Aktionen oder Kundgebungen zum Israel-Palästina-Konflikt in Bayern registriert? (bitte mit Angabe der absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach Datum, Ort, Art der Versammlung, Straftatbestand, PMK-Phänomenbereich, kurzer Sachverhaltsdarstellung und Zahl der ermittelten Täter:innen)*

Die Fragen 6.1 und 6.2 werden auf Grund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

zu 6.3:

*Welche Rolle spielt ein antiisraelisch beziehungsweise antizionistisch motivierter Antisemitismus bei der aktuellen Dynamik antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten in Bayern?*

Antiisraelisch und antizionistisch motivierter Antisemitismus hat im Beobachtungszeitraum den größten Anteil an antisemitischen Vorfällen und Straftaten in Bayern und trägt so zu dem anhaltend hohen Niveau bei. Die beiden Erscheinungsformen

fungieren als Brückennarrativ, das verschiedene politische Spektren verbindet.

Zwischenzeitlich war nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023 und dem folgenden Gaza-Konflikt eine massivere Dynamik, welche in diesem Zeitraum je nach Nachrichtenlage zu deutlichen Anstiegen der Fallzahlen beitrug, erkennbar. Die Lage war demnach hoch emotionalisiert, was sich in diesen teils situationsbedingten Aktionen zeigte.

zu 7.1:

*Wie viele Ermittlungs- und Strafverfahren wegen antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten wurden im Jahr 2025 vom zentralen Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz übernommen? (bitte einzeln auflisten mit Datum, Angabe der Strafvorwürfe, Anklageerhebung und jeweiligem Verfahrensstand)*

Es wird auf die beiliegende vom Zentralen Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz erstellte Anlage 7 verwiesen.

zu 7.2:

*Wie viele antisemitische Vorfälle in Bayern wurden im Zusammenhang mit dem Online-Meldeverfahren für antisemitische Hasskriminalität bei der Meldestelle RESpect! im Jahr 2025 registriert?*

Diesbezüglich liegen für 2025 keine entsprechenden Informationen vor. Die Meldestelle RESpect! hat keine Berichtspflicht gegenüber der Staatsregierung. Jedoch wird auf die Veröffentlichung der Meldestelle RESpect! auf ihrer Internetseite hingewiesen.

zu 7.3:

*Wie ist vor dem Hintergrund einer konstant hohen Zahl antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten die aktuelle Gefährdungslage für jüdische Einrichtungen, Synagogen sowie jüdische Geschäfte und Gastronomiebetriebe in Bayern einzuschätzen?*

Es besteht (weiterhin) eine hohe besondere (abstrakte) Gefährdung für jüdische und israelische Einrichtungen und Interessen in Deutschland.



zu 8.1:

*Welche Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung zum besseren Schutz jüdischer Einrichtungen, Gemeinden und Synagogen in Bayern?*

Die Sicherheit jüdischer Einrichtungen, Gemeinden und Synagogen in Bayern hat für die Staatsregierung und die Bayerische Polizei höchste Priorität.

Ein ganz wesentlicher Punkt der Gefährdungsabwehr ist die seit vielen Jahren intensiv erfolgende Beratung der jüdischen und israelischen Einrichtungen durch die Bayerische Polizei. Die Polizei führt kriminalpolizeiliche Beratungs- und Sicherheitsgespräche sowie regelmäßige Kontaktaufnahmen mit Betreibern und Sicherheitsbeauftragten jüdischer Einrichtungen und Gemeinden vor Ort durch. Darüber hinaus berät die Bayerische Polizei konkret bei technischen Präventions- und Sicherungsmaßnahmen und unterstützt bei der Umsetzung eines praktischen sicherheitstechnischen Grundschutzes. Die Staatsregierung übernimmt hierfür die Kosten. Hierunter fallen beispielsweise: Einbau von beschuss- und einbruchhemmenden Türen und Fenstern, Videoüberwachungsanlagen, Überfallmeldeanlagen, Installation von Zaunanlagen.

Für technische Sicherheitsmaßnahmen zur Verbesserung des Schutzes jüdischer Einrichtungen hat die Staatsregierung seit dem Jahr 2016 insgesamt ca. 23 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Bayerische Polizei trifft lageangepasste Schutzmaßnahmen an Israelitischen Kultusgemeinden, Synagogen, Schulen, Kindergärten, Kulturzentren und ähnlichen Einrichtungen. Art und Intensität der Schutzmaßnahmen richten sich nach der jeweiligen Gefährdungsbewertung und den tatsächlichen Schutzerfordernissen. Alle bayerischen Polizeidienststellen sind im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen im Konflikt im Nahen-Osten sensibilisiert. Die Schutzmaßnahmen werden engmaschig überprüft und bei Bedarf erhöht.

Staatsregierung und Polizei stehen in engem Austausch mit betroffenen Gemeinden und Einrichtungen, um Bedarfe zu erkennen und Schutzkonzepte fortlaufend anzupassen. Maßnahmen, Beratung und finanzielle Unterstützung werden kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit und Angemessenheit hin überprüft und weiterentwickelt.

zu 8.2:

*Welche Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung zur Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur in Bezug auf die Shoah sowie zum Ausbau und zur Sicherung einer vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch bayerische Gedenkstätten und zivilgesellschaftliche Bildungsträger?*

Es wird auf nachfolgende Landtagsdrucksachen verwiesen:

- Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 03.07.2024 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gabriele Triebel vom 29.05.2024 betreffend „Erinnerungskultur Bayern – Erweiterungen und Erneuerungen KZ-Gedenkstätte Dachau – Teil 1“ ([Drs. 19/2716 vom 31.07.2024](#))
- Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 03.07.2024 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gabriele Triebel vom 29.05.2024 betreffend „Erinnerungskultur Bayern – Erweiterungen und Erneuerungen KZ-Gedenkstätte Dachau – Teil 2“ ([Drs. 19/2717 vom 31.07.2024](#))
- Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 03.04.2025 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr betreffend „Pädagogische Gedenkstättenarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Bayern“ ([Drs. 19/6187 vom 05.05.2025](#)).

Die Staatsregierung legt großen Wert auf die Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur, insbesondere im Hinblick auf die Shoah, sowie auf die Sicherung und den Ausbau einer vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Bayern. Maßgeblich hierfür ist das „Gesamtkonzept Erinnerungskultur“ der Staatsregierung, welches seit 2020 kontinuierlich umgesetzt wird. In diesem Kontext unternimmt die Staatsregierung insbesondere folgende Maßnahmen:

- Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen:  
Die Staatsregierung unterstützt die Arbeit von Gedenkstätten, Erinnerungsinitiativen und Museen durch regelmäßige finanzielle Zuwendungen, um die langfristige Sicherung ihrer Bildungs- und Vermittlungsarbeit zu gewährleisten. Beispiele hierfür sind die dauerhafte Förderung der KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg, des NS-Dokumentationszentrums Nürnberg, der Dokumentation Obersalzberg, der Weiße-Rose-Stiftung sowie zahlreicher weiterer regionaler

Erinnerungsorte. Aktuell (März 2026) bewirbt sich der Freistaat Bayern als Standort für das Yad Vashem Education Center Deutschland.

- **Schulische Bildungsprogramme und Fortbildungen:**  
Das StMUK initiiert und unterstützt schulische Projekte, Exkursionen zu Gedenkstätten und historisch-politische Bildungsangebote, um die Auseinandersetzung mit der Shoah und dem Nationalsozialismus zu fördern. Lehrkräfte erhalten gezielte Fortbildungsangebote, um Unterrichtsinhalte zur NS-Geschichte, zur Shoah und zu Formen demokratischen Engagements kompetent zu vermitteln. Nicht zuletzt ordnet das StMUK Lehrkräfte zur Durchführung von kostenfreien Rundgängen für bayerische Schulklassen an den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg ab.
- **Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern:**  
Die Staatsregierung fördert die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Jugendverbänden und weiteren kulturellen Einrichtungen, die historische Bildungsarbeit leisten. Durch die Förderung von Leuchtturmprojekten und durch fachliche Vernetzungsangebote werden die Vielfalt der Erinnerungsarbeit gestärkt und innovative Vermittlungsformate unterstützt.
- **Langfristige Sicherung der Erinnerungskultur:**  
Der Freistaat setzt auf die kontinuierliche Erforschung und Vermittlung historischer Quellen sowie die digitale Erschließung von Erinnerungsorten. Die Förderung wissenschaftlicher Arbeiten zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit unterstützt die fundierte Vermittlung von Geschichte an breite gesellschaftliche Zielgruppen.
- **Maßnahmen des StMJ gegen Antisemitismus und für Erinnerungskultur:**  
Einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Erinnerungskultur leistet das StMJ, das der historisch-politischen Bildungsarbeit auf Grund der besonderen historischen Verantwortung der Justiz einen hervorgehobenen Stellenwert einräumt. Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der historisch-kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle der Justiz im Nationalsozialismus. Mit der im April 2023 neu eröffneten Dauerausstellung *„Willkür im Namen des Deutschen Volkes“* im Münchner Justizpalast – in Zusammenarbeit mit der Weiße-Rose-Stiftung – wurde ein dauerhaft zugänglicher Lern- und Erinnerungsort geschaffen, der die Zerstörung rechtsstaatlicher Prinzipien durch das NS-Regime sowie die Unrechtsurteile gegen die Widerstandsgruppe Weiße Rose dokumentiert. Darüber hinaus realisiert das StMJ kontinuierlich Sonderausstellungen, darunter *„Protokoll eines Justizversagens – 100 Jahre Hitler-*

Prozesse“, „Auf derselben Seite – Die Letzten der »Gerechten unter den Völkern«“ sowie die im Projekt „Faces for the Names“ umgesetzten Lichtdenkmäler.

Ergänzend richtet das StMJ regelmäßig Gedenkakte aus, die historische Verantwortung mit aktuellen Herausforderungen im Kampf gegen Antisemitismus verbinden. Hervorzuheben sind der Gedenkakt in der JVA Stadelheim im April 2025 zum 80. Jahrestag der Befreiung Münchens durch US-Soldaten sowie die Veranstaltung „Drei Staatsgewalten gegen Antisemitismus“ im Mai 2025 unter Beteiligung von Frau Landtagspräsidentin Ilse Aigner sowie Herrn Staatsminister Joachim Herrmann und mit Vertreterinnen und Vertretern aller drei Staatsgewalten sowie jüdischen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Darüber hinaus hat das StMJ im Juni 2025 erstmals den 2024 ins Leben gerufenen *Fritz-Neuland-Gedächtnispreis* im Münchner Justizpalast mit ausgerichtet. Der Fritz-Neuland-Gedächtnispreis, der von dem Münchner Unternehmer Michael Fischbaum ausgelobt wird, würdigt jährlich herausragende Leistungen im Kampf gegen Antisemitismus.

Zudem würdigt das StMJ die im Nationalsozialismus entrechteten, verfolgten und ermordeten Justizangehörigen durch Gedenktafeln in allen drei Oberlandesgerichtsbezirken (München, Nürnberg und Bamberg). Unter dem Titel „Geschichte verpflichtet – Ein neues Kapitel der Erinnerungskultur im Justizpalast“ wurden zuletzt im Nürnberger Justizpalast sechs Gedenktafeln feierlich vorgestellt, u. a. zu dem Rechtsreferendar Dr. Martin Frankenburger. Über die historische Erinnerungsarbeit hinaus engagiert sich das StMJ strukturell für die Stärkung demokratischer Resilienz, unter anderem durch seine Mitgliedschaft im Bayerischen Bündnis für Toleranz sowie durch die aktuell in Umsetzung befindliche Schülerkampagne gegen Antisemitismus, die junge Menschen sensibilisieren, rechtliche Grundlagen vermitteln und Zivilcourage stärken soll.

zu 8.3:

*Welche präventiven und repressiven Maßnahmen hat die Staatsregierung im Jahr 2025 ergriffen, um der konstant hohen Zahl antisemitisch motivierter Vorfälle und Straftaten zu begegnen?*

Es wird nachfolgende Landtagsdrucksachen verwiesen:

- Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 02.04.2025 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gülseren Demirel vom 11.02.2025 betreffend „Maßnahmen der Staatsregierung gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ([Drs. 19/6200 vom 05.05.2025](#))
- Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 26.03.2025 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Cemal Bozoğlu, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel vom 06.02.2025 betreffend „Antisemitische Straf- und Gewalttaten 2024“
- Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 05.06.2025 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ramona Storm betreffend „Sicherheitskonzepte an bayerischen Schulen“ ([Drs. 19/7012 vom 08.07.2025](#))
- Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 24.06.2025 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Stefan Löw, Roland Magerl vom 04.06.2025 betreffend „Antisemitische Straftaten in Bayern“ ([Drs. 19/7207 vom 28.07.2025](#))
- Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 22.07.2025 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Rene Dierkes vom 18.06.2025 betreffend „Straftaten von Personen unter 14 Jahren“ ([Drs. 19/7751 vom 25.08.2025](#))
- Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 11.09.2025 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Franz Bergmüller vom 11.08.2025 betreffend „Sicherheit an bayerischen Schulen“ ([Drs. 19/8119 vom 13.10.2025](#)).

Im Laufe des Jahres 2025 wurden u. a. folgende Projekte im Rahmen der Antisemitismusprävention vom StMUK weiter gefördert und inhaltlich begleitet:

Mit dem Projekt „Ich werde Zeitzeuge“ wird die digitale Aufbereitung regionaler Zeugnisse jüdischen Lebens durch Schulklassen gefördert. Die Ergebnisse werden in einem digitalen Buch präsentiert, das insbesondere Schulen zur Verfügung stehen wird.

Das Zentrum für Israelstudien am Lehrstuhl für jüdische Geschichte und Kultur der LMU widmet sich in einem Projekt der Auseinandersetzung mit „Israel-Bildern und dem Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft“, um Vorurteile über Israel,

aber auch über Palästina zu dekonstruieren. Das Ergebnis wird für den Schulunterricht aufbereitet.

Die IKG Amberg organisiert weiterhin eine Reihe von Workshops zur Antisemitismusprävention für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, um u. a. mit interreligiösen Begegnungen Vorurteile abzubauen.

Ergänzt werden diese Projekte durch verschiedene Förderungen aus dem Bereich der Erinnerungskultur (vgl. Antwort zur Frage 8.2).

Darüber hinaus kooperiert das StMUK eng mit dem Verein „Synagoge Reichenbachstraße e. V.“ bezüglich der Vermittlung der jüdischen Kultur und Tradition in München im Zuge der Wiedereröffnung der Synagoge 2025.

Zudem kommt nach wie vor der Zusammenarbeit mit der „Mansour Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention)“ eine herausragende Bedeutung zu. Das StMUK, das StMI, das StMAS und das StMJ sind an deren Projekten fördernd und kooperierend beteiligt. Das Projekt „ReThink“, das mit theaterpädagogischen Mitteln zugewanderten Schülerinnen und Schülern u.a. einen kritischen Blick auf ggf. antisemitische Prägungen eröffnet, wird von StMUK, StMI und StMAS gemeinsam unterstützt. Das StMUK hat die Zusammenarbeit mit MIND prevention ausgebaut, um in einem neuen Format „ReFrame“ Lehrkräften mittels einer Handreichung und in Fortbildungen Methoden an die Hand zu geben, mit denen sie insbesondere dem israelbezogenen und islamistischen Antisemitismus wirksam entgegentreten können.

Seit Mai 2025 steht das Online-Portal „[Jüdisches.Bayern](#)“ zum Gesamtkonzept Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus zur Verfügung. Die Webseite, die sich in die drei Hauptbereiche „Jüdisches Leben stärken“, „Bayerisch-Israelische Beziehungen vertiefen“ und „Antisemitismus stoppen“ gliedert, bildet insbesondere die vielen unterschiedlichen Maßnahmen, Initiativen und Projekte der Staatsregierung in den genannten Themenfeldern ab. Die Webseite trägt nicht nur dazu bei, die Öffentlichkeit über die verschiedenen Initiativen zu informieren, sondern sie zeigt auch konkrete Angebote der Prävention und Intervention auf.

Seit dem Schuljahr 2024/2025 wurde die Politische Bildung in allen Schularten durch die Einführung der „Verfassungsviertelstunde“ deutlich gestärkt. Diese eröffnet die Chance zu einer noch regelmäßigeren Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit zentralen Verfassungswerten, wie z. B. mit der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Achtung der Menschenrechte, dem Schutz von Minderheiten, der Glaubensfreiheit und weiteren demokratischen Grundsätzen für ein friedliches Zusammenleben.

Auf allen Ebenen der Staatlichen Lehrerfortbildung gab es in Bayern zum Thema Antisemitismus und Extremismus auch 2025 ein bedarfs- und zielgruppengerechtes Angebot an Fortbildungsveranstaltungen.

Das StMUK hat in Zusammenarbeit mit der Universität Würzburg (Zentrum für antisemitismuskritische Bildung) in einem Pilotprojekt begonnen, Modelle zum Thema Antisemitismusprävention für die zweite Phase der Lehrerbildung zu entwickeln, die nach erfolgreicher Erprobung im Vorbereitungsdienst der verschiedenen Schularten verankert werden sollen. Ziel ist es, bereits angehende Lehrkräfte gezielt für den Phänomenbereich des Antisemitismus zu sensibilisieren und ihnen praxisbezogene Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben.

Das StMAS fördert zahlreiche Projekte in der Antisemitismusprävention, beispielsweise: Das Projekt „Kunst & Funktion – Antisemitismuskritische Unterstützung für künstlerische Produktionen und Kulturinstitutionen“ des Instituts für Neue Soziale Plastik (Bayern) e. V. erstellt für den Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbereich spezifisch zugeschnittene Sensibilisierungskonzepte und bietet Fortbildungsprogramme an. Mit dem Projekt „Kunst mit Haltung – eine kulturelle Initiative gegen Antisemitismus“ der Europäischen Janusz Korczak Akademie (EJKA) werden kreative Räume geschaffen, in denen antisemitische Narrative, die teilweise in kulturellen und akademischen Kontexten bestehen, erkannt, kritisch reflektiert und künstlerisch hinterfragt werden.

Das StMAS unterstützt ebenfalls verschiedene Projekte für junge Menschen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Stiftung Max Mannheimer Haus, wie z.B. das Projekt „Digital Storytelling zur Antisemitismusprävention“.

Die Ostbayerische Technische Hochschule (OTH) Regensburg untersucht in dem Projekt „Pädagogisches Handeln gegen Antisemitismus in Bayern – Herausforderungen, Ressourcen und Präventionsstrategien (PHAB)“ die Herausforderungen und den Unterstützungsbedarf pädagogischer Fachkräfte im Umgang mit Antisemitismus und erarbeitet Handlungsstrategien für die pädagogische Praxis.

Der Verein Arche Musica führte das Projekt „Alef-Bet – das Alphabet zum jüdischen Leben“ durch. Ziel ist die frühzeitige Prävention von Antisemitismus in Kitas, Horten und Schulen durch Wissen über jüdische Kultur, Geschichte und Religion.

Das Projekt „unpacking online Bias“ des Vereins democ e. V. setzt sich gezielt mit israelbezogenem Antisemitismus in den sozialen Medien auseinander. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung und Stärkung pädagogischer Fachkräfte, um antisemitische Narrative im digitalen Raum zu erkennen, zu verstehen und ihnen altersgerecht entgegenzutreten.

Im Rahmen des Projektes „Digitalmind“ der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention) gGmbH werden junge Menschen mit und ohne Flucht- und/oder Migrationserfahrungen aus muslimisch und/oder patriarchal geprägten Heimatländern mit einem interaktiven, niedrigschwelligen und humorvollen Angebot zur Islamismusprävention digital auf den Sozialen Medien, wie Instagram, TikTok und YouTube, erreicht.

Seit 2018 beschäftigt sich das StMAS jährlich auch im Rahmen von Tagungen für Fachkräfte intensiv mit dem Themenfeld Antisemitismus. Eine im Jahr 2025 durchgeführte Fachtagung hat den „Israelbezogenen Antisemitismus“ näher beleuchtet. Aufzeichnungen der digitalen Fachtagungen sowie Informationen zu den Projekten sind online verfügbar unter [www.radikalisierungspraevention.bayern.de](http://www.radikalisierungspraevention.bayern.de)

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) informiert sowohl Schulen als auch andere Bedarfsträger über rechts- und linksextremistische Ideologien und Aktivitäten. Dabei wird auch für das Thema Antisemitismus, insbesondere als Bestandteil des Rechtsextremismus, sensibilisiert. Darüber hinaus beteiligt sich die BIGE an speziellen Fortbildungsangeboten des StMUK zum Thema Antisemitismus und steht in kontinuierlichem Austausch sowohl mit staatlichen



Organisationen, wie dem Beauftragten gegen Hasskriminalität der Polizei, als auch zivilgesellschaftlichen Trägern.

Für die Phänomenbereiche Rechtsextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter sowie Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates und Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit wird auf die Präventionsarbeit der BIGE verwiesen. Darüber hinaus findet von Seiten des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) in den genannten Phänomenbereichen, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG), ein stetiger und vertrauensvoller Austausch mit den jeweils zuständigen Polizeidienststellen statt.

Für den Bereich Linksextremismus wird auf die Präventionsarbeit der BIGE im Themenfeld Linksextremismus verwiesen. Dies betrifft grundsätzlich auch den im Phänomenbereich Linksextremismus auftretenden Antisemitismus, der sich meist in der Ablehnung des Staates Israel ausdrückt. Darüber hinaus findet von Seiten des BayLfV zum Themenfeld Linksextremismus ein stetiger und vertrauensvoller Austausch mit den jeweils zuständigen Polizeidienststellen statt. Dies schließt auch die Aufklärung und Prävention im Bereich der linksextremistisch motivierten Straftaten, die im Einzelfall auch antisemitisch begründet sein können, mit ein.

Das BayLfV unterhält eine eigene Präventionsstelle Islamismus. Im Bereich der Islamismusprävention wird der Thematik des Antisemitismus im Islamismus ein hoher Stellenwert beigemessen, insbesondere seit dem Angriff der HAMAS vom 07.10.2023. So gibt es verschiedene Vortragsformate, die bei den Hauptzielgruppen Polizei und Lehrkräfte zu Antisemitismus mit Islamismus- oder/und Nahostkonfliktbezug sensibilisieren. Seit 2015 besteht daneben das Netzwerk „Antworten auf Salafismus“. Der Salafismus ist die sicherheitsbehördlich bedeutendste islamistische Strömung. In dieser werden geschickt traditionelle antijüdische Narrative mit modernen Verschwörungstheorien und israelbezogenem Antisemitismus verknüpft, um Gewaltanwendung zu legitimieren und Feindbilder zu festigen.

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus, organisiert behördenübergreifend die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Falle einer Zuordnung zum Phänomenbereich des Islamismus. Das BayLfV mit seiner Präventionsstelle Islamismus ist dort ebenfalls Netzwerkpartner und bringt

sich im Bereich der sekundären Präventionsarbeit ein. So werden vornehmlich Schulungen im Bereich der Mitarbeiter von Landratsämtern, Ausländerbehörden, der Polizei und Justiz sowie in der Lehrerfortbildung angeboten. Ziel ist die Sensibilisierung und Information von Multiplikatoren aus diesen Bereichen. Darüber hinaus ist das BayLfV in beratender Funktion in die Deradikalisierungsarbeit des BLKA eingebunden.

Auf Anfrage der jüdischen Gemeinde Beth Shalom führte der Beauftragte der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus in Zusammenarbeit mit dem jüdischen Projekt „EUCARE“ und in Absprache mit dem jeweiligen örtlich zuständigen Polizeiverband „Zivilcourage- und Selbstsicherheitstrainings Sicherheit im Öffentlichen Raum“ durch. Zielgruppe waren Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Durch das Training wurde einfache, praxisorientierte, leicht verständliche Handlungsempfehlungen, wie sich Betroffene selbst und andere in Bedrohungssituationen helfen können, vermittelt. Ein weiteres Thema war das Erarbeiten von deeskalierenden Verhaltensweisen bei Demonstrationen und Versammlungen.

In Zusammenarbeit mit der Bereitschaftspolizei Dachau, der jüdischen Organisation „Europäische Janusz-Korczak-Akademie“ und dem Verein „Sicher in München e.V.“ organisierte der Beauftragte der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, 2025 den Begegnungsworkshop „Mit Davidstern und Lederhosen“.

Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) führte in enger Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, für die Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Universitäten und Hochschulen weitere Fortbildungsveranstaltungen durch. Durch die polizeilich-justiziellen Schulungsmaßnahmen werden die Antisemitismusbeauftragten der bayerischen Universitäten und Hochschulen in die Lage versetzt, eine schnelle, effektive und fachkundige Erstberatung für Geschädigte von Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus durchzuführen. Des Weiteren erlernen die Antisemitismusbeauftragten Vorgehensweisen zur Verhinderung antisemitischer Straftaten (insbesondere bei Hörsaalbesetzungen, Protestcamps, Sicherung von Veranstaltungen gegen Hass und Hetze).

Gemeinsam mit der jüdischen Organisation Europäische Janusz Korczak Akademie wurde mit der MedienLB (Medien für Lehrpläne und Bildungsstandards GmbH) ein Lehrfilm für Grundschullehrerinnen und Lehrer erstellt, welcher Anregungen zu Unterrichtsformat und Handlungskompetenz zum Thema Antisemitismus enthält.

Für den Geschäftsbereich des StMJ kann u.a. auf folgende Maßnahmen aus dem Jahr 2025 hingewiesen werden:

Die Schulungen für Polizeibeamte der 3. und 4. Qualifikationsebene wurden verstetigt. Anfang Dezember 2024 erarbeitete der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz gemeinsam mit dem Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität und den Verantwortlichen für Fortbildungen der Bayerischen Bereitschaftspolizei ein Konzept zur Schulung von Polizisten der 2. Qualifikationsebene. Nach einer Pilotphase im Sommer 2025 startete im Herbst 2025 der Regelbetrieb. Damit werden alle Dienstanfänger der Bayerischen Polizei zusätzlich für antisemitische Straftaten sensibilisiert. Gerade die Beamten der 2. Qualifikationsebene sind wichtig für das Funktionieren des Gesamtkonzepts einer modernen Justiz, die die Belange ihrer (jüdischen) Bürger ernst nimmt. Es sind diese Beamten, die unmittelbar mit dem Bürger in Kontakt treten und die eine antisemitische Tatmotivation erkennen und strafrechtliche Sachverhalte jedenfalls grob einordnen können sollten.

Das Unterrichtskonzept sieht pro Jahr ca. 25 Vortragsveranstaltungen allein für die 2. Qualifikationsebene vor.

Zwischen dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz und der Europäischen Rabbiner-Konferenz, die 2023 von London nach München umzog, wurde der schon zuvor bestehende Kontakt weiter vertieft. Am 18.02.2025 empfingen ein Vertreter des Justizministeriums sowie der Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz eine Delegation europäischer Rabbiner im Justizpalast und tauschten sich insbesondere über Fragen antisemitischer Straftaten in Deutschland aus.

Am 07.05.2025 veranstaltete das Referat für Öffentlichkeitsarbeit im Justizpalast gemeinsam mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz im Justizpalast eine große Veranstaltung mit dem Titel „Drei Staatsgewalten gegen

Antisemitismus“. Die höchsten Repräsentanten der drei Gewalten sprachen Grußworte. Umrahmt von einem 70-köpfigen Schulchor des musischen Camerloher Gymnasiums Freising diskutierten auf dem Podium u. a. die beiden Holocaustüberlebenden Charlotte Knobloch und Abba Naor. Veranstaltungen dieser Art machen das Engagement von Justiz und Staat im Kampf gegen Antisemitismus sichtbar und haben daher eine relevante präventive Wirkung und stellen Maßnahmen für das Empowerment jüdischer Bürgerinnen und Bürger dar.

Am 18.07.2025 veranstaltete der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz gemeinsam mit dem Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, in der Gedenkstätte Flossenbürg das 1. Regionaltreffen der örtlichen Ansprechpartner und Beauftragten wie auch der zuständigen Spezialisten der Polizei. Ziel war die weitere Sensibilisierung und Vernetzung von Justiz- und Polizeikräften bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten.

Am 18. und 19.09.2025 fand der jährliche „Workshop antisemitische Straftaten in Bayern und Österreich“ statt, der im Jahr 2023 vom Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz initiiert wurde. Teilnehmer waren in Wien neben dem österreichischen Koordinator gegen Antisemitismus beim dortigen Bundeskanzleramt Vertreter bayerischer und österreichischer Sicherheitsbehörden bzw. Justizbehörden.

Erstmals hielt der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz im Oktober 2025 einen Vortrag vor Anwälten bei der Deutschen Rechtsanwaltsakademie mit dem Titel „Antisemitismus bekämpfen mit den Mitteln des Strafrechts“.

Im Dezember 2025 veranstaltete der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz unter der Federführung des Fortbildungsinstituts der Bayerischen Polizei in Aining einen Projekttag „Antisemitismus“, bei dem eine Vertreterin von Yad Vashem mitwirkte.

Gemeinsam mit dem Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, vereinbarte der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz mit dem StMUK im Jahr 2025 ein Pilotprojekt für eine einwöchige Schulung für Lehrkräfte, bei der neben Fachkenntnissen auch Sensibilität

und Handlungssicherheit vermittelt werden sollen. Die erste Durchführung erfolgte im Januar 2026.

Für den Bundeswehrstandort München vereinbarte der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz eine Fortbildungseinheit für Soldatinnen und Soldaten an der Sanitätsakademie, erstmals für den 04.02.2026.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sandro Kirchner  
Staatssekretär